



## **Ausschuss für Gleichstellung und Frauen**

### **5. Sitzung (öffentlich)**

9. Februar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:31 Uhr bis 17:18 Uhr

Vorsitz: Britta Oellers (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |  |          |
|--|----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>  | <b>5</b> |
| <b>1 Kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen, so selbstverständlich wie Toilettenpapier – das Land muss diese sinnvolle Maßnahme fördern!</b> | <b>6</b> |
| Antrag<br>der Fraktion der SPD<br>Drucksache 18/629  |          |
| Stellungnahme 18/308   |          |
| – Gespräch mit sachverständigen Gästen   |          |

- 2 Schutz von Kindern und Jugendlichen vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen** **18**
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1680
- Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.
- 3 Arbeitsplanung der Landesregierung für das Jahr 2023 für den Arbeitsbereich Gleichstellung, Frauen und Queerpolitik** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **20**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/817
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 4 Teilzeitausbildung in Nordrhein-Westfalen – Aktueller Sachstand** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **23**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/824
- Wortbeiträge
- 5 Wohnungslosigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen – Vorstellung der frauenpolitischen Aspekte aus der Integrierten Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2021** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **25**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/823
- Wortbeiträge

- 6 Maßnahmen aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Krisensituation mit frauen-, gleichstellungs- oder queerpolemischem Hintergrund** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]) **27**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/818
- Wortbeiträge
- 7 Mini-Renten trotz 40 Jahren Vollzeit – Drohende Altersarmut in Nordrhein-Westfalen** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]) **28**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/822
- Wortbeiträge
- 8 Schutz vereint: Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt** (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 6]) **30**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/816
- Wortbeiträge
- 9 Verschiedenes** **31**



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzende Britta Oellers** begrüßt Frau Franziska Müller-Rech ganz herzlich als neues Ausschussmitglied.

(Allgemeiner Beifall)

## 1 **Kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen, so selbstverständlich wie Toilettenpapier – das Land muss diese sinnvolle Maßnahme fördern!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/629

Stellungnahme 18/308

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 31.08.2022)*

**Vorsitzende Britta Oellers:** Ich begrüße ganz herzlich Frau Dr. Britta Obszerninks, Dezernentin für Bildung, Familie, Jugend und Soziales der Stadt Hamm, Frau Sabine Lavid vom Amt für Schule und Bildung der Stadt Düsseldorf sowie Frau Dr. Barbara Hillen, Zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Sankt Augustin. Herzlich willkommen. Bevor wir mit den Gesprächen beginnen, möchte ich Frau Dr. Hillen im Namen der Ausschussmitglieder für die Übersendung der Stellungnahme ganz herzlich danken. Diese Stellungnahme wurde allen Parlamentariern bereits unter der Nummer 18/308 zur Verfügung gestellt.

Wir führen jetzt ein Fachgespräch und haben uns in der Obleuterunde darauf verständigt, dass dieses Fachgespräch maximal eineinhalb Stunden dauern sollte. Dabei gehen wir aber immer von fünf Vertretern aus. Heute sind wir nur drei. Das heißt nicht, dass wir die eineinhalb Stunden ausnutzen. Uns liegt eine schriftliche Stellungnahme vor. Ich schlage vor, dass ich gleich die einzelnen Damen aufrufe und jede ein Eingangsstatement von fünf Minuten abgibt, damit wir ihre Meinungen und Erfahrungen kennenlernen. Daran schließen sich die Fragen der Fraktionen an. Gibt es dagegen Einwände? – Das sehe ich nicht. Frau Obszerninks, ich darf Sie bitten, Stellung zu nehmen. Vielen Dank.

**Dr. Britta Obszerninks (Stadt Hamm):** Bei uns in Hamm lag uns ebenfalls einen Antrag aus dem politischen Raum vor. Die SPD-Fraktion hat beantragt, die Bereitstellung von Damenhygieneartikeln in Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen vorzusehen. Das Ganze war für einen Zeitraum von zwei Jahren mit Haushaltsmitteln hinterlegt, um es als Pilotprojekt durchzuführen. Ziel des Antrags war es zum einen, jungen Mädchen und Frauen, die plötzlich und unerwartet ihre Periode haben, Menstruationsartikel zur Verfügung zu stellen, um die Schambehaftung dieses Themas in den Fokus zu nehmen und als weiteren Aspekt die Periodenarmut zu berücksichtigen.

Nun ist der politische Antrag das eine, die politische Umsetzung aber das andere. Es gab 2021 keine Blaupause für diese Fragestellung. Wie gingen wir vor? Wir haben erst mal eine Gruppe innerhalb der Verwaltung zusammengestellt. Die Gleichstellungsstelle war dabei, die Leiterin des Oberbürgermeisters war dabei, die Schulverwaltung

war dabei, das Immobilienmanagement war dabei. Wir sind ganz pragmatisch vorgegangen und überlegten: Wie kann ein Automat aussehen, der die Produkte zur Verfügung stellt, sodass sie vernünftig entnommen werden können? Wo werden die Automaten aufgehängt? Wie werden sie befüllt? Das sind aus kommunaler Sicht ganz pragmatische, aber durchaus wichtige Fragen.

Wir haben dann unsere Schulen kontaktiert und gefragt, wer mitmachen möchte. Alle unsere weiterführenden Schulen haben gesagt, sie machen mit. Die Schulen konnten festlegen, wo die Automaten aufgehängt werden. Wir haben dann alle Schulen mit den Automaten bestückt. Gleichzeitig kam eine weitere pragmatische Frage bei uns auf: Brauchen wir darüber hinaus Informationsmaterial? Brauchen Lehrkräfte Informationsmaterial? Wir haben das auch mit den Schulaufsichten besprochen. Es gab die Meinung, das brauchen wir nicht. Uns war es wichtig, neben diesen Automaten noch eine Information und eine Art Gebrauchsanweisung zu haben, wie diese Artikel genutzt werden können. Auch das sollte nicht mit einer Tabuisierung oder Schambehauptung einhergehen, sondern ein Plakat sein, das darauf hinweist: Das sind Artikel, die kostenfrei zur Verfügung stehen. – Wir haben es so geregelt, dass man über einen QR-Code weitere praktische Informationen zur Nutzung bekommt.

Wir haben unsere Jugendzentren und weitere öffentliche Gebäude damit bestückt. In der Stadtbücherei usw. hängen diese Automaten auch. Wir sind seit gut einem Jahr mit dabei. Unsere Erfahrungswerte sind: Ja, es wird gut genutzt. Das Thema „Vandalismus“ ist keines, was in den Fokus gerückt ist.

Bei uns ist immer noch eine Diskussion, inwieweit Grundschulen einbezogen werden sollten. Die Frage haben wir noch nicht abschließend beantwortet.

In der Vergangenheit war es so, und es ist auch noch so, dass die Schulsekretariate für diese Produkte genutzt werden. Die Schulsekretärin ist meistens die erste Anlaufstelle, wenn man diesen Bedarf hat. Das ist eine Erkenntnis. Wie ich schon sagte, haben wir uns die Frage gestellt, wo diese Automaten hängen. Ob das immer die Schultoilette sein sollte, ist ein Punkt, den man in der Bewertung berücksichtigen sollte.

Alles in allem ist es gut angekommen. Wir sind, wie gesagt, noch in der Pilotphase und werden das Ganze evaluieren. Wir hatten unsere private Hochschule, die SRH, an unserer Seite, die das Ganze mit begleitet hat und auch in Zukunft mit begleiten wird. Eine Stiftung ist auch an unserer Seite, sodass wir breit aufgestellt und davon überzeugt sind, dass es ein gutes und sinnvolles Projekt ist.

**Sabine Lavid (Stadt Düsseldorf):** Hallo zusammen. In Düsseldorf war es genauso. Wir hatten einen Antrag von der SPD auf Basis einer Initiative des Jugendrates bekommen. Dort wurde um eine Konzepterstellung zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsartikeln in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere in Schulen gebeten. Dann ist der Auftrag an mich gegangen, ein kleines Konzept zu entwickeln bzw. Pilotschulen mit ins Boot zu nehmen, um eine erste Erfahrung zu sammeln.

Zunächst haben wir verschiedene Menstruationsartikelspender aufgrund der Art und der Konzeption eines Spenders verglichen. Wir haben geschaut: Welche Art Spender gibt es, und welche Kosten fallen an? Aufgrund dessen haben wir für 13 Schulen, die

sich zur Teilnahme bereiterklärt haben, Spender besorgt. Die wurden in den Schulen montiert. Man hat den weiterführenden Schulen finanzielle Mittel bereitgestellt, damit diese selbstständig Menstruationsartikel beschaffen und die Automaten bedarfsgerecht füllen können.

Daraufhin haben wir neun Monate lang eine Pilotphase durchgeführt und aufgrund dessen die erste Evaluierung gemacht. Wir haben festgestellt, dass zuerst 70 % positive Rückmeldungen aus den Schulen kamen, danach aber noch 15 %. Man kann also sagen, 85 % der teilnehmenden Pilotschulen waren sehr angetan von der Initiative. Die die Schülerinnen, die die Produkte nutzen – es waren Binden und Tampons –, haben sich alle sehr positiv für die Initiative ausgesprochen und wollten weitermachen.

Danach fand im Schulausschuss eine Sitzung statt, in der beschlossen wurde, dass man das Angebot für alle weiterführenden Schulen bereitstellt und eine Abfrage startet, wer teilnehmen möchte. Mit Stand gestern haben sich 43 weiterführende Schulen bereiterklärt, teilzunehmen. 42 Artikelspender wurden mittlerweile ausgegeben. Manche Schulen haben sich aus diversen Gründen dagegen ausgesprochen. Einige Schulen wollten mehrere Spender haben, weil es Dependancen gibt. Somit waren alle Schulen mit den Automaten versorgt. Die Artikel selbst werden von den Schulen beschafft.

Ich kann auch sagen, die Schulen haben sich positiv geäußert. Mittlerweile startet die größere Phase, die wir Mitte des Jahres, kurz vor den Sommerferien, evaluieren und herausfinden wollen, wie insgesamt die weiteren Schulen das Angebot annehmen bzw. ob es Verbesserungsvorschläge gibt und dergleichen.

**Dr. Barbara Hillen (Hochschule Bonn-Rhein-Sieg):** Wie sind wir zu diesem Thema gekommen? Seit 2021 bin ich Zentrale Gleichstellungsbeauftragte einer mittelgroßen, aber forschungsstarken Hochschule für angewandte Wissenschaften. Ich wurde direkt am Anfang gefragt: Frau Hillen, was wollen Sie machen, wenn Sie bei uns Gleichstellungsbeauftragte sind? Man denkt immer in so Kategorien. Man denkt in Studierenden und Professorinnen usw. Ich habe gesagt, ich möchte was für alle Frauen machen. Das Thema ist nämlich völlig unabhängig vom Status, den man hat. Es betrifft eigentlich alle. Es trifft Jüngere möglicherweise etwas mehr als Ältere, weil da die Erfahrung und die Souveränität fehlen.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass es in jedem Alter einer Frau durch biologische Vorgänge – seien es Stillzeiten, Menstruationsunterbrechungen durch Medikamente oder Wechseljahre – Zeiten gibt, in denen man diese Produkte braucht, aber nicht hat. Mich hat interessiert: Was passiert dann? Wir sind an einer Hochschule nicht nur für die Ausbildung, sondern unter anderem auch für die Wissenschaft, für das wissenschaftliche Evaluieren, zuständig. Mir ist das Thema „Period Poverty“ seit 20 Jahren auch im internationalen Kontext bekannt. Mich hat interessiert: Was machen wir als Industrieland? Ist das für uns relevant? Ist das irgendwas, was vielleicht nur afrikanische Länder betrifft?

Es geht um dieses Mental Load, dieses permanente Daran-Denken. Habe ich etwas dabei? Was mache ich, wenn ich nichts dabei habe? Frage ich dann die Kollegin?



Bringe ich sie auch in eine unangenehme Situation? Was passiert dann?“ Das wollte ich wissen.

Wir nehmen gerade am Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder teil. Es ist Aufgabe und Verpflichtung, dieses Geld für Genderstudies zu nutzen. Ich mache eine Umfrage zu diesem Thema. Ich habe die Möglichkeit, in diesem Hochschulkontext mal was auszuprobieren, was anderswo vielleicht ein bisschen schwieriger ist. Das war bei uns hervorragend, weil ich die Hochschulleitung direkt hinter mir hatte. Ich musste sie nicht überzeugen, sondern sie steht für Parität. Ich hatte die beiden Personalräte direkt hinter mir, was auch eine großartige Unterstützung ist, die Ethikbeauftragte, Schwerbehindertenbeauftragte, AStA, also all das, was man im Hochschulkontext kennt. Dann habe ich das gemacht. Ich habe eine Umfrage gemacht. Ich habe eine empirische kleine Forschungssituation aufgestellt und danach den Praxistest gemacht.

Die Frage, die dahinterstand, war: Kann ich diesen Mental Load reduzieren, indem ich etwas zur Verfügung stelle, was an anderer Stelle selbstverständlich ist, nämlich Toilettenpapier? Das würden Männer auch nicht in ihrer Handtasche oder in ihrer Aktentasche mitrumtragen. Warum machen wir das eigentlich? Weil wir so sozialisiert sind, weil wir von Klein auf gelernt haben, Strategien zu entwickeln. Ich bin über dieser Befragung zu der Erkenntnis gekommen, dass diese Strategien hinderlich sind, dass sie eine strukturelle Barriere für Menstruierende sind und es da, wo es eine partielle Unterstützung in der Struktur gibt, nämlich indem man die Artikel selbstverständlich zur Verfügung stellt wie Seife und Toilettenpapier, einen Mehrwert hat: Fehlzeiten werden reduziert, der Mental Load wird reduziert. Die Hochschule wird bei uns zudem nachweislich als attraktiver wahrgenommen. Das finde ich gar nicht so schlecht. Das ist etwas, was man auch im Schulkontext nicht vergessen sollte. Schule soll etwas Positives sein und nicht nur Schulpflicht. Ich finde diesen Begriff der Schulpflicht ein bisschen schwierig. Er ist völlig richtig, aber es soll eine positive Erfahrung für Kinder und Jugendliche sein. Mit dieser recht einfachen Maßnahme konnte man nachweisen, dass das zielführend ist.

Bei uns kam noch etwas hinzu. Ich sagte schon, wir sind eine Hochschule für angewandte Wissenschaften. Der Schwerpunkt liegt auf angewandten Naturwissenschaften. Da wurde mir zum ersten Mal etwas bewusst. Ich komme nicht aus den Naturwissenschaften, aber wenn man als Studentin im Labor steht und eine Versuchsreihe durchführen muss, die fünf Stunden dauert, dann darf man nichts mitnehmen. Man darf aus Sicherheitsgründen noch nicht mal eine Kaffeetasse oder sonst was mitführen. Keine Tasche, kein gar nichts. Wenn dann der Campus so angelegt ist, dass man ihn nicht mal schnell verlassen kann, dass man nicht schnell zum Spind laufen kann, dann hat man die Wahl: Entweder habe ich ein falsches Forschungsergebnis, oder ich unterbreche ganz und habe gar kein Ergebnis in diesem Punkt, oder ich frage andere Leute, die möglicherweise auch nichts dabei haben. Daran habe ich gesehen, das ist gerade in einer Forschungssituation im Labor wirklich ein erheblicher Nachteil für Frauen. – Das war es von meiner Seite aus Hochschulsicht. Fragen beantworte ich sehr gerne.

**Vorsitzende Britta Oellers:** Herzlichen Dank allen dreien für die Vorstellung und für die Erfahrung, die Sie gemacht haben. – Ich schaue direkt zur SPD, der Antragstellerin. Frau Butschkau, bitte.

**Anja Butschkau (SPD):** Das ist total nett von Ihnen, Frau Vorsitzende. Herzlichen Dank. – Herzlichen Dank natürlich auch an Sie. Sie haben sich heute, an einem Tag, der voller Belastungen im Straßenverkehr ist, auf den Weg nach Düsseldorf gemacht. Schön, dass Sie hier sind und schön, dass Sie sich Zeit genommen haben, mit uns über dieses Thema zu sprechen.

Wenn ich das richtig wahrgenommen habe, ist es von Ihnen allen sehr positiv bewertet worden, die Menstruationsartikel kostenfrei zur Verfügung zu stellen, auch wenn die Evaluationsergebnisse noch ausstehen. Das ist zumindest das, was ich mitgenommen habe.

Nun sind Sie alle drei in der luxuriösen Situation – ich drücke es mal so aus –, dass Sie schon Erfahrungen haben. Von diesen Erfahrungen möchte ich gerne profitieren. Deshalb habe ich zwei Fragen: Mit welchen Hürden hatten Sie bei der Einführung zu kämpfen? Bei Ihnen lief das ja relativ glatt. So habe ich das zumindest gerade verstanden.

Der andere Punkt betrifft die Frage: Was müssen wir beachten? Was müssen wir zusätzlich beachten, an das Sie im ersten Schritt nicht gedacht haben? Das sind zwei Fragen an alle.

Frau Dr. Hillen, ich habe Ihrer Stellungnahme den wertvollen Hinweis entnommen, dass es möglich wäre, die Arbeitsschutzregeln anzupassen, und schon wäre es verpflichtend am Arbeitsplatz. Halten Sie oder auch die anderen das für einen gangbaren Weg?

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zuallererst bei Ihnen als Sachverständige bedanken, und zwar sowohl für die Stellungnahme als auch für die einführenden Worte und dafür, dass Sie uns bei diesem sehr wichtigen Thema Rede und Antwort stehen.

Es gibt viele unterschiedliche Kommunen, die sich schon auf den Weg gemacht haben. Das gilt auch für Hochschulen oder andere Institutionen. Ich kenne das aus meiner eigenen Heimatstadt. Dort hat die FDP-Stadtratsfraktion zusammen mit der CDU-Fraktion einen Antrag zur Einführung kostenfreier Hygieneartikel in Bonner Schulen gestellt. Da läuft ein Pilotprojekt. Wie bestellt, gibt es jetzt eine Zwischenevaluation, die sich mit Ihren Erfahrungen deckt. Auch an den Schulen in Bonn wird das sehr positiv aufgenommen. Auch da gab es von weiteren Schulen Nachfrage, weil sie gerne teilnehmen würden. Das haben wir von Ihnen aus Hamm gehört. Frau Lavid, haben Sie auch gehört, dass sich weitere Institutionen gemeldet haben und dort mitmachen wollen? Frau Dr. Hillen, gibt es vielleicht auch andere Hochschulen, die auf Sie zugekommen sind?

Gibt es überhaupt eine Vernetzung der Kommunen, die das gemacht haben? Wir haben uns damals an dem Vorgehen in Hamm orientiert. Gibt es jetzt vielleicht sogar schon ein kleines Netzwerk? Vielleicht können Sie das Nähkästchen ein bisschen öffnen. Haben sich andere Kommunen schon gemeldet und liebäugeln damit? Wie ist der Stand? Das würde mich insbesondere von Frau Lavid und Frau Dr. Obszerninks interessieren.

Eine letzte Nachfrage geht an alle drei Sachverständigen. Mich interessiert, wie das mit einer Aufklärung über Menstruation flankiert worden ist. Ich glaube, viele hier im Raum haben selbst die Erfahrung gemacht, dass es Mythen und Unwahrheiten gibt, die über das Thema „Menstruation“ im Raum stehen. Ich möchte die Männer hier im Raum nicht in die Pfanne hauen, aber ich glaube, es gibt noch etwas aufzuholen, was die Bildung über Menstruation insbesondere bei den männlichen Kollegen angeht. – Ich bin sehr erleichtert, dass Frank Müller gerade nickt. Wie gesagt, es ist nicht böse gemeint. Aber deswegen habe ich die Frage: Wie wird das mit Maßnahmen flankiert, die auch zur Enttabuisierung dieses Themas beitragen?

**Simone Wendland (CDU):** Ich schließe an dem an, was Franzi Müller-Rech gesagt hat. Ich habe gelesen, es gibt zahlreiche Firmen, die Hygieneartikel, konkret Menstruationsartikel für die Aufklärung in Schulen anbieten. Sogenannte Schulpakete. Eine der Damen hat gesagt, die Schulen haben die Menstruationsartikel bestellt. Wie geht das praktisch? Ist da eine Ausschreibung erfolgt? Haben die Unternehmen gesagt: „Wir würden das sponsern“? Das ist ja auch eine Frage der Kosten. Mich interessiert: Wie ist das ganz konkret gelaufen? Ist ein bestimmter Hersteller bevorzugt worden? Wie macht man das ganz praktisch?

**Enxhi Seli-Zacharias (AfD):** Ich möchte mit einer entscheidenden Frage starten und die an alle drei Expertinnen adressieren. Wir haben nicht nur vorab in der Diskussion zum Antrag davon gehört, sondern grundsätzlich und auch im wissenschaftlichen Kontext fällt immer wieder der Begriff der Periodenarmut. Ich habe zwar heute meine eigenen Zahlen mitgebracht, aber es würde mich viel mehr interessieren, ob Sie uns in Bezug auf diese Begrifflichkeit „Periodenarmut“ eine Art Datenbasis geben können. Von welchen Zahlen sprechen wir hier? Von welchem Aufwand für eine einzelne Frau sprechen wir? Könnten Sie das konkret beziffern?

Darüber hinaus habe ich gerade versucht, fleißig mitzuschreiben und möchte in dem Kontext gern Frau Lavid etwas fragen. Sie sagten, dass sich einige Schulen in Düsseldorf aus verschiedenen Gründen dagegen entschieden haben. Können Sie kurz aus dem Nähkästchen plaudern und sagen: Was waren die Gründe? Wie viele Schulen waren das? Das würde mich sehr interessieren.

Frau Dr. Hillen, in Ihrer Stellungnahme fand ich etwas ganz interessant. Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen, und zwar die Rahmenverträge mit den Reinigungsunternehmen. Sie haben das in Ihrer Stellungnahme nur am Rande erwähnt. Es geht um die Schaffung der Infrastruktur. Es würde mich interessieren: Welche Erfahrungen haben Sie darüber hinaus? Wie sieht das grundsätzlich aus? Konnten Sie bislang schon Erfahrungen sammeln? Was bedeutet das für die Kosten? Mit welchen Mehraufwendungen müsste man da womöglich rechnen?

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Vielen Dank an Sie drei für Ihre Ausführungen. Ich habe auch ein paar Fragen mitgebracht. Zwei Fragen richten sich an Sie alle drei. Gibt es Ihrer Ansicht nach besondere Punkte, die bei der Einführung kostenloser Menstruationsartikel beachtet werden müssen? Stichwort „Großpakete“ und solche Sachen.

Welche Orte sind Ihrer Einschätzung nach bei der Bereitstellung kostenfreier Menstruationsartikel besonders zu priorisieren? Gibt es neben den Toiletten andere Orte dafür? Werden die Menstruationsartikel nur auf den Mädchen- und Frauentoiletten zur Verfügung gestellt, oder gibt es die auf allen Toiletten? Das fände ich ganz spannend.

Frau Dr. Hillen, Sie haben gerade geschildert, wie fehlende Menstruationsartikel menstruierende Personen in der Forschung behindern können. Haben Sie Erkenntnisse darüber, ob und wie sich die Situation verändert und eventuell auch verbessert hat, seit Sie das tun?

**Vorsitzende Britta Oellers:** Damit haben wir die erste Runde komplett. Sie haben fleißig mitgeschrieben und sind alle angesprochen worden. Von daher schlage ich vor, dass Frau Dr. Obszerninks anfängt und die beiden anderen Damen ergänzen. Beim nächsten Mal fangen wir dann bei Frau Dr. Hillen an.

**Dr. Britta Obszerninks (Stadt Hamm):** Manche Fragen überschneiden sich. Was muss beachtet werden? Es sind am Anfang die ganz pragmatischen Dinge. Frau Lavid sprach es an. Welche Art von Automaten zieht man heran? Wir haben einen Anbieter gefunden, der den Preis für diese Automaten, glaube ich, mittlerweile verdoppelt hat. Es geht auch darum, dass nicht zu viele Produkte auf einmal rauskommen und der Automat vandalismussicher ist. Das sind die ganz pragmatischen Punkte.

Von wem werden die Automaten befüllt? Wir haben das bei uns über das Gebäudemanagement geregelt. Da sind die Reinigungskräfte verortet, die bei uns, ganz pragmatisch gesehen, die Automaten immer wieder befüllen. Bei uns wird das zentral geregelt. Die Schulen müssen die Hygieneartikel also nicht bestellen, sondern das wird bei uns zentral über ein anderes Dezernat geregelt. Dann werden die Automaten über die Reinigungskräfte regelmäßig befüllt.

Wir hatten einen Kollegen, der leider plötzlich verstarb. Er hat sich sehr intensiv um dieses Projekt gekümmert und die Artikel erst mal beschafft. Darum haben wir noch keine aktuellen Zahlen, wie viele Produkte im ersten Jahr benötigt worden sind. Aber festgestellt werden kann, dass an manchen Standorten zum Beispiel viel mehr Damenbinden benötigt wurden als Tampons. Das war ein Punkt.

Welche Öffentlichkeitsarbeit oder welche flankierenden Informationen brauchen wir? Das haben wir mit den Schulformsprechern abgeklärt: Was braucht ihr noch? Es sind innere Schulangelegenheiten. Wir wollen nichts von außen überstülpen, wo das in einzelnen Fächern Thema ist. Wir haben gefragt: Braucht ihr noch was? Können wir noch was tun? Brauchen wir Veranstaltungen usw.? Uns ist gespiegelt worden: Nein, wir brauchen erst mal keine weitere Aufklärungsarbeit, wir brauchen keine weiteren Materialien. – Das hätten wir sonst gemacht. Wir haben die WEPA Stiftung an unserer Seite, die gern bereit gewesen wäre, da mit einzusteigen. Wir sind dann hingegangen und haben dieses Plakat neben den Automaten aufgehängt. Wir hätten kein gutes Gefühl damit gehabt, keine Nutzungshinweise zu geben. Ich habe das Plakat nicht im Großformat dabei, aber ich kann gern noch Material zur Verfügung stellen. Das ist eine junge Dame mit den Artikeln. Es ist schwierig, ein Motiv zu finden. Wir haben lange hin

und her diskutiert. Wir haben dann den QR-Code genommen, über den man weitere Informationen bekommen kann.

Orte, die priorisiert werden: Da haben wir uns erst mal auf die Schulen verlassen. Wir haben die Spender tatsächlich erst mal in den Damentoiletten aufgehängt. Das wäre in der weiteren Diskussion ein Punkt. Wie gesagt, wir haben noch keine Evaluation gemacht. Uns wird durchaus die Frage gespiegelt, ob es immer sinnvoll ist, das auf den Toiletten zu machen. Wenn viele junge Mädchen und Frauen auf den Toiletten sind, ist eine gewisse Scham vorhanden, sich ein Produkt aus dem Automaten zu nehmen. Wir sind uns noch nicht sicher, ob das tatsächlich der richtige Standort sein könnte.

Das gilt auch für die Produkte, die wir nutzen, also Tampons und Binden. Es gibt ja mittlerweile noch weitere Hygieneprodukte am Markt. Die Frage kam auf: Sollte dieser Automat noch mit anderen Hygieneartikeln befüllt sein? Das ist auch eine ganz pragmatische Frage.

Bei uns ist haben sich alle 25 weiterführenden Schulen bereiterklärt, mitzumachen. Insofern ist die Frage nach weiteren Schulen bei uns nicht relevant. Das Thema „Grundschule“ ist aber noch eines, was beantwortet werden sollte. Klar sind die Mädchen dort noch sehr jung. Aber Menstruationen treten immer früher ein. In der dritten, vierten Klasse ist das durchaus eine Frage. Die haben wir für uns noch nicht beantwortet. Das wäre noch eine Frage, die man berücksichtigen sollte.

Die Vernetzung der Kommunen sprachen Sie an. Wir sind, glaube ich, eine der ersten Kommunen, die mit dieser Fragestellung betraut worden ist. Wir haben auch über unsere Gleichstellungsstelle viele Anfragen bekommen und dort eine Information auf einem entsprechenden Portal hinterlegt. Eine Vernetzung, einen Austausch in dem Sinne gibt es nicht. Aber wenn wir angefragt werden, kommen die Kolleginnen und Kollegen überall gerne hin und stellen unsere Erfahrungen zur Verfügung.

Ich kann Ihre Frage zum Thema „Periodenarmut“ und welche Kosten das für eine Frau bedeutet, nicht beantworten. Solch eine Zahl habe ich nicht. Vielleicht haben Sie die. Das kann ich nicht sagen, wie das mit Kosten hinterlegt ist, wenn man über Periodenarmut spricht. Das war auch nicht unser Ansatz. Die Politik hat uns aufgefordert, das zu tun. Das Thema „Periodenarmut“ ist ein Thema. Ich habe dazu aber keine Zahlen zur Verfügung. – Das waren die Punkte, die aus unserer Sicht wichtig sind. Weitere Fragen beantworte ich gerne.

**Sabine Lavid (Stadt Düsseldorf):** Ich hoffe, dass ich die ganzen Fragen in der richtigen Reihenfolge beantworten kann. Ansonsten ist es ein bisschen quergeht. – Welche Hürden hatten wir bei der Einführung? Erst mal keine, weil die Schulen sich freiwillig für das Pilotprojekt gemeldet haben und sehr enthusiastisch waren, teilzunehmen. Es ist ja so: Schule ist ein in sich geschlossenes Konstrukt. Dort kennt der Lehrer, die Lehrerin, der Schulleiter viele der Kinder. Sie haben schon einen Blick darauf: Wie viele Kinder haben wir? Wie verhalten die sich? Das heißt, die Schulen selbst haben autark handeln können. Indem man ihnen die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt hat, konnten sie selbst entscheiden, welche Art Hygieneartikel beschafft werden. Wir haben festgestellt, dass sehr viele junge Mädchen lieber Binden benutzen und die

älteren Tampons, sodass Wert darauf gelegt wurde, den entsprechenden Bedarf zu decken. Deswegen gab es keine Hürden bei der Einführung.

Es gab aber gewisse Schwierigkeiten bei der Frage: Wo wird der Artikelspender aufgehängt? Fast 60 % der Schulen haben sich dafür entschieden, den Automaten im Haupt-WC der Mädchen unterzubringen. Da war der Artikelspender natürlich frei zugänglich. 25 % haben sich dafür entschieden, den Artikelspender im Sekretariat anzubringen. Dann gab es noch andere Ideen, zum Beispiel den Spender vor das Büro der Schulsozialarbeiterin zu hängen. Manche haben sich auch ganz dagegen entschieden, ihn aufzuhängen. Jede Schule war frei, entsprechend der Gegebenheiten zu handeln. Manche WCs haben es gar nicht hergegeben, dass man den Automaten da hätte installieren können. Das heißt also, hauptsächlich war das Mädchen-WC der Ort der Wahl. Es hat sich aber herausgestellt, dass das Sekretariat eigentlich der beste Platz war, denn dort ist der Spender quasi unter Aufsicht und kann regelmäßig kontrolliert werden, ob er gefüllt ist.

Es gab kleinere Hürden. Man hat festgestellt, dass gerade in der Anfangszeit ein bisschen Unfug mit dem Material getrieben wurde – gerade von den kleineren Kindern bzw. auch von Jungen, wenn der Automat frei zugänglich war. Das hat dazu geführt, dass manche Schulen am Anfang nicht begeistert waren und sagten, sie müssen sich Lösungsansätze ausdenken, wie sie damit umgehen. Dann hat man die Hürde genommen, indem man gesagt hat, wir reduzieren das Material, das wir da reinton, bzw. geben das zeitgleich im Sekretariat aus oder installieren kleine Schränkchen, in denen weiteres Material zur Verfügung steht, sodass das nicht in geballter Menge zur Verfügung steht.

Zeitgleich haben Schulen immer schon an Schülerinnen, die gerade in Not geraten sind und Menstruationsartikel brauchten, das Material im Sekretariat ausgegeben. Früher war das eher auf Nachfrage. Jetzt ist es gerade aufgrund der Initiative sehr oft so, dass die Schülerinnen sich das nehmen können, ohne groß sprechen oder fragen zu müssen. Das heißt, die Scham, die dahintersteht, ist jetzt gesunken. Auch jüngere Mädchen trauen sich dann ins Sekretariat, weil sie wissen, da liegt etwas. Da braucht man keine großen Aufklärungskampagnen oder dergleichen. Quasi durch den Flurfunk ist bekannt, wo man sich das holen kann. Meine Gespräche mit den Schulen haben gezeigt, dass die Schülerinnen heutzutage offener sind bzw. weniger Scham haben, nach diesen Dingen zu fragen.

Die Frage mit den Grundschulen fand ich sehr spannend. Zwei Grundschulen sind auf mich zugekommen und haben gefragt, ob sie an der Initiative teilnehmen können. Das würde eher die vierte Klasse betreffen, sodass man gesagt hat, diese Schulen können an dem Projekt teilnehmen. Man würde denen auch Mittel zur Verfügung stellen, sodass sie das beschaffen können.

Eine Frage zur Beschaffung wurde gestellt. Welche Art Material wurde gekauft? Dazu können wir vonseiten des Amtes für Schule und Bildung relativ wenig sagen; denn die Schulen waren frei bei der Auswahl. Größere Pakete wurden natürlich beschafft, um ein bisschen Bevorratung in den Schulen betreiben zu können. Aber das wurde den Schulen in der Pilotphase selbst überlassen.

Es gibt Überlegungen, eine Gesamtbeschaffung für die Schulen zu machen. Das Thema „Ausschreibung“ kam gerade auf. Ausschreibungen sind wichtig, wenn man größere Mengen beschafft. Aber dafür brauchen wir erst mal valide Zahlen. Wir warten die nächste Evaluierungsrunde ab. Ich denke, kurz vor den Sommerferien im nächsten Jahr haben wir Daten, auf deren Grundlage wir entscheiden können, ob die Schulen weiter selbst beschaffen, oder ob eine Gesamtbeschaffung vonseiten der Stadtverwaltung sinnvoll ist. Dann würde man den Schulen natürlich die Materialien ausgeben. Aber so weit sind wir noch nicht.

Dann kam die Frage auf, ob man sich vernetzt hat. Innerhalb der Stadtverwaltung Düsseldorf gibt es Vernetzungen. Das Sportamt überlegt zum Beispiel, bei den Sportanlagen Menstruationsartikel in den WCs bereitzustellen. Das Kulturstadt stellt auch Überlegungen an. Das heißt, innerhalb der Stadtverwaltung gibt es die Diskussion.

Dann ist die Frage der Vernetzung mit anderen Kommunen gestellt worden. Aufgrund des Zeitungsartikels aus der Rheinischen Post und des WDR-Berichts wurde festgestellt, dass bei der Stadt Düsseldorf schon einiges im Gange ist, was die weiterführenden Schulen betrifft. Somit hatte ich einige Anrufe aus verschiedenen Städten, die sich hauptsächlich mit den Fragen beschäftigt haben: Gab es positive Rückmeldungen oder negative? Wie ist der Stand? Da wurde ich hauptsächlich telefonisch tätig. Insgesamt kann man sagen, es ist sehr viel gefragt worden, und es ist sehr viel zum Thema „kostenlose Menstruationsartikel“ im Gange. Es wurde insgesamt sehr positiv aufgenommen.

Dann kam noch die Frage zu den Orten der Spender. Die hatte ich gerade beantwortet. Es wurde festgestellt, wenn die Schülerinnen selbstständig die Automaten befüllen bzw. die Schülersprecherinnen bzw. Schülersprecherinnen diese Aufgabe übernehmen und schauen, was noch vorhanden ist und was aufgefüllt werden muss und nicht der Hausmeister oder die Sekretärin oder die Reinigungskraft, dann ist die Eigeninitiative und auch das Verständnis dafür größer, dass man sich nicht bevorratet, sondern tatsächlich nur die Menge, die man benutzen möchte, aus dem Automaten herausnimmt. Diese Eigenverantwortung, die bei den Schülerinnen durch diese Initiative geschaffen wurde, ist sehr stark gewesen. Man muss sagen, es war ein gutes Konzept der Schulen, die Schülerinnen mit ins Boot zu holen. – Das war mein Fazit aus der Pilotphase.

**Dr. Barbara Hillen (Hochschule Bonn-Rhein-Sieg):** Frau Butschkau, ich fange mit Ihren Fragen an. Sie hatten nach den Schwierigkeiten gefragt. Bei uns war es möglicherweise eine ganz andere Situation als in den Kommunen. Wir sind im Hochwasser vor eineinhalb Jahren ein bisschen nass geworden. Bei uns hat ein kompletter Campus ganz erhebliche Schäden in Höhe von 50 Millionen Euro erlitten. Damit hatten wir erst mal zu kämpfen. Wenn dann die neue Gleichstellungsbeauftragte zum Dezernat Gebäudemanagement kommt und mit Tamponautomaten anfängt, steht das ganz unten auf der Prioritätenliste. Das hat bei uns nicht mit fehlender Akzeptanz zu tun, sondern einfach mit einer Überforderung aufgrund dieser Notsituation durch die Flut. Das führte in der Praxis aber natürlich trotzdem dazu, dass es sich etwas verzögerte.

Sie fragten auch nach den Arbeitsschutzregeln und ob das nicht einfacher wäre. Ja. Ein ganz klares Ja. Das würde in meinen Augen sehr viel helfen. Die Arbeitsschutzregelungen

gelten nicht nur für Schulen. Unser Ziel müsste es sein, dass man das an möglichst vielen Orten zur Verfügung stellt.

Frau Wendland, Sie fragten nach der Vernetzung mit anderen Hochschulen. Wir sind angesprochen worden, weil wir das Signal ausgegeben haben, dass wir für den Transfer und für die Erkenntnis im Rahmen des Transfers stehen. Wir haben mit verschiedenen von der Uni Hamburg bis zur Stadt Landshut gesprochen, also mit Schulen, Kommunen, Sportvereinen sowohl außerhalb Nordrhein-Westfalens als auch direkt in unserer Nachbarschaft. Die Stadt Sankt Augustin hat das mittlerweile ebenfalls übernommen. Die waren daran interessiert, dass das auch ins Ärztehaus kommt. Das reicht also über diesen Schul- und Bildungskontext hinaus.

Wir sind selbstverständlich im Austausch, weil wir ein ähnliches Ziel hatten. Diese Automaten sollten möglichst nachhaltig sein. Es sollten keine Elektroautomaten sein, wie man das zum Beispiel von Getränkeautomaten kennt. Möglichst sollten gar keine laufenden Kosten in dem Sinne anfallen, dass man irgendwelche Knöpfe drücken muss oder so, bis was rauskommt.

Sie fragten nach der Aufklärung. Persönliche Gespräche habe ich sehr viel geführt. Ich bin nicht nur in den Gremien vorstellig geworden, sondern habe auch bilaterale Gespräche geführt. Auch die Ansprache auf dem Campus war uns sehr wichtig. Wir haben uns im Rahmen unserer „Respekt“-Reihe mehrfach auf den Campus gestellt. Ich hatte beispielsweise für fünf Monate einen Praktikanten in der Gleichstellungsstelle, der hervorragende Arbeit geleistet hat. Da habe ich gemerkt, es ist was anderes, wenn Männer mit anderen Männern über dieses Thema sprechen. Er war mein Icebreaker. Ein Student, der sich mit anderen Männern darüber unterhält, war fantastisch für uns. Er hat mit mir gemeinsam dieses wissenschaftliche Projekt durchgezogen.

Wie kaufen wir es? Ich habe in eineinhalb Jahren ungefähr 1.200 Euro ausgegeben. Also wir sind weit unterhalb einer Beschaffungsausschreibungsgrenze. Das Thema „Ausschreibung“ kommt für uns gar nicht in Betracht, weil die Kosten so gering sind. Aber das ist an einer einzelnen Hochschule natürlich was anderes als bei einer Kommune, die eine Vielzahl an Schulen zu bestücken hat.

Wir kaufen persönlich bei dm um die Ecke, oder mittlerweile macht es der Einkauf bei dm-online für 400 Euro. Das ist die Maximalgrenze, für die dm-online die Produkte verkauft. Das ist bei uns also ganz niederschwellig, aber mit einem großen Effekt.

Was hat das für die Forschung gebracht? Unsere Labore waren bis vor Kurzem noch im Wiederaufbau. Seit zwei Wochen sind die Biolabore bezugsfertig, und seit letzter Woche sind auch die Toilettenanlagen fertig. Ich werden dort jetzt einen Spender installieren lassen.

Um konkrete Aussagen machen zu können, müsste ich noch mal eine Umfrage starten. Das habe ich nicht gemacht. Aber die persönlichen Rückmeldungen waren bei uns wirklich sehr, sehr positiv – von Männern wie von Frauen. Es ist einfach das Signal, das wir ausgeben: Wir sind eine paritätische moderne Institution. Das hat war mit der Wahrnehmung zu tun, ob Menschen bei uns studieren möchten. Das ist wirklich ein guter Punkt.



Frau Seli-Zacharias, Sie hatten nach Rahmenverträgen gefragt. Ziel müsste es sein, dass wir unseren Rahmenvertrag mit der Reinigungsfirma ändern. Der war aber erst vor kurzer Zeit abgeschlossen worden. Die Hochschule hat sich entschlossen, den nicht so kurzfristig noch mal abzuändern. Wir haben aber eine sehr gute Lösung für den Übergang, also für die Laufzeit des Rahmenvertrags, gefunden. Wir haben eine Dame aus dem Wachpersonal gebeten, die das nun im Rahmen einer Zusatzarbeit macht. Dafür ist eine Stunde im Monat angesetzt. Das ist eine sehr pragmatische, sehr einfache Lösung. Wir von der Gleichstellungsstelle werden das nicht mehr auffüllen. Wir haben das für die Phase des Pilotprojektes gemacht. Jetzt übernimmt das die Hochschule.

Was muss besonders beachtet werden? Diese Frage kam auf. Unsere Prämisse war, dass es analoge Automaten sind und sie keine laufenden Kosten verursachen. Wir haben darauf geachtet, dass sie an Stellen installiert werden, an denen ziemlich viele Menschen vorbeikommen – sprich Copyshop, in der Nähe der Mensa –, und Stellen, an denen sehr wenige Frauen sind. Sie müssen sich vorstellen, in der Informatik haben wir einen Frauenanteil von ungefähr 13 %. Da kann man schlechterdings keine Allianzen bilden. Wenn man als einzige Frau in der Vorlesung sitzt, ist es schwierig, jemanden zu fragen. Das waren bei uns die Schwerpunkte: da, wo viele Frauen sind, da, wo wenige Frauen sind, und in der Verwaltung. Da sind bei uns viele Frauen. Aber die können ihren Arbeitsplatz nicht unbedingt so schnell verlassen, wie es möglicherweise bei den Studierenden der Fall ist.

Da wir mit wenigen Automaten angefangen haben, haben wir in dieser Pilotphase nur auf den Mädchen- bzw. Frauentoiletten angefangen. Ziel war in meinem Kopf gar nicht am Anfang, dass wir auch die Männertoiletten adressieren. Das wurde mir durch die qualitativen Antworten in unserer Umfrage gespiegelt. Ich muss sagen, darüber habe ich am Anfang gar nicht nachgedacht. Aber es wurde mehrfach erwähnt, dass die Artikel für alle zugänglich sein sollten. Im Rahmen der Renovierungsarbeiten bei uns werden wir auf jedem Campus demnächst eine Divers-Toilette haben. Da wird das mitgedacht, sodass sich diese Frage dann gar nicht mehr stellt bzw. sie mitgedacht ist.

Ob sich die Situation in der Forschung verbessert hat, habe ich gerade schon gesagt. Wir machen keine Umfrage mehr, aber die persönliche Rückmeldung von vielen sowohl aus der Professorenschaft als auch bei den Studierenden, den Mitarbeitern, den Beschäftigten ist wirklich hervorragend.

**Vorsitzende Britta Oellers:** Herzlichen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen oder Fragen? – Das sehe ich nicht. Sie haben ausführlich geantwortet. Ich glaube, keine Frage ist unbeantwortet geblieben, und Sie haben das sehr gut gemacht. Herzlichen Dank dafür. Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen. Ich darf mich bei unseren drei Gästen ganz herzlich für ihr Kommen und für den guten Austausch bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

## 2 **Schutz von Kindern und Jugendlichen vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1680

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 24.11.2022)*

**Enxhi Seli-Zacharias (AfD)** betont, das Fühlen, im falschen Körper zu leben, sei kein einfaches Schicksal. Damit gehe für die Betroffenen ein hoher sozialer Druck einher. Aber auch das innere Leiden des Individuums sei zu berücksichtigen. Die Suizidrate unter den Betroffenen sei erschreckend. Gleiches gelte aber auch für die Suizidrate bei Personen nach geschlechtsangleichenden Eingriffen.

Schaue man sich an, wie der Staat als Akteur auftrete, müssten die Zahlen wachrütteln und diskutiert werden, was die Eingriffe in dieser Dimension bedeuteten. Die Zahl der Geschlechtsumwandlungen habe bei den 15- bis 20-Jährigen zwischen 2015 und 2018 um das 15-fache und bei den 20- bis 25-Jährigen gar um das 50-fache zugenommen, auch wenn die absoluten Fallzahlen eher im niedrigen Bereich lägen. Diese dramatische Zunahme bei Störungen von Geschlechtsidentitäten werde im medizinischen Bereich und unter Entwicklungspsychologen heftig diskutiert.

Derartige operativen oder medikamentösen Eingriffe führten zu nachhaltigen Veränderungen. Man müsse sich fragen, was das für den einzelnen Menschen bedeute. Abgeordneter Dr. Vincentz habe in seiner Einführungsrede zum Antrag sehr ausdrücklich gefordert, zu hinterfragen, wie sich die Situation in 20 Jahren für die Betroffenen darstelle. Niemand werde in 20 Jahren den Verlust der Fertilität rückgängig machen oder den nicht erfüllten Kinderwunsch heilen können. Hinzukommen könnten viele weitere Aspekte wie Konzentrationsstörungen, eine Verschlechterung des Arbeitsgedächtnisses und Störungen in der Knochenmatrix.

Gesellschaft und Politik trügen Verantwortung für die Frage, ob es am Ende des Tages nicht vielleicht klüger sei, den betroffenen Menschen mehr Zeit zu geben, anstatt Instrumente an die Hand, die sie zu einem bestimmten Zeitpunkt möglicherweise dankend annähmen, deren Folgen sie aber eventuell nicht hinreichend und intensiv genug für sich selbst durchdacht hätten.

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE)** kündigt eine Ablehnung des Antrags durch ihre Fraktion an.

**Frank Müller (SPD)** unterstreicht, nicht Politikerinnen und Politiker entschieden über das Tempo einer Geschlechtsangleichung, sondern die Menschen selbst. Jeder in der Gesellschaft bestimme selbst über seinen Körper.

Das Schicksal der Betroffenen lasse niemanden kalt. Sie stießen immer noch auf Stigmatisierung, Vorurteile und Diskriminierung. Auch das gesellschaftliche Umfeld könne daher im Zusammenhang mit suizidalem Verhalten stehen. Litten transsexuelle Menschen beispielsweise nach medizinischen Eingriffen unter Komplikationen, bekämen sie zum Teil nicht sofort Hilfe, sondern würden durch halb Deutschland geschickt, weil ihnen Hilfe vor Ort verweigert werde. Genau das solle abgestellt werden.

Geschlechtsangleichungen seien nicht im Vorbeigehen möglich. Es handele sich für viele Betroffene um eine Abwägungsentscheidung gemeinsam mit ihren Familien. Diese Entscheidung machten sie sich nicht leicht. Die AfD-Fraktion suggeriere das Gegenteil. Der im Antrag zitierte Experte vertrete eine krasse Minderheitenmeinung, während die gesamte Fachwelt zu einer gänzlich anderen Einschätzung komme. Daher lehne die SPD-Fraktion den Antrag aus tiefer fachlicher Überzeugung ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

### **3 Arbeitsplanung der Landesregierung für das Jahr 2023 für den Arbeitsbereich Gleichstellung, Frauen und Queerpolitik** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/817

#### **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** ergänzt ihren schriftlichen Bericht:

Wir haben einen relativ schlanken Bericht vorgelegt. Das ist der Tatsache geschuldet, dass wir im Grunde genommen vor gar nicht allzu langer Zeit über die Regierungsschwerpunkte gesprochen haben. Unschwer lässt sich daraus ableiten, dass das eine etwas mit dem anderen zu tun haben könnte. Dementsprechend sind dort einige Kernpunkte in kurzer Form aufgegriffen. Ich will nur herausgreifen, es ist uns sehr wichtig, dass es 2023 gelingen wird, weitere Frauenhäuser in die Landesförderung zu übernehmen. Wir schaffen Perspektiven, um zusätzliche Frauenhäuser in die Landesförderung nehmen zu können.

Wir nehmen eine weitere Fachkraftstelle in dem Bereich in die Förderung und sind in einem kontinuierlichen Prozess, um die neue Förderrichtlinie für die Frauenhilfeninfrastruktur auf den Weg zu bringen. Wir sind natürlich auch dabei, die weitere Förderung der Kompetenzzentren Frau und Beruf auf den Weg zu bringen. Direkt nach Amtsantritt haben wir diese Struktur aufrechterhalten können. Das ist mir wichtig gewesen. Wir haben zugesagt, dass es eine Weiterentwicklung geben wird. An diesem Prozess sind wir mit den Kompetenzzentren Frau und Beruf.

Auch im Bereich „LSBTIQ“ haben wir ausführlicher berichtet. In den politischen Schwerpunkten der 18. Wahlperiode geht es auch um die konkreten Fragen einer Lebenslagenstudie, um detaillierter aufgreifen zu können: „Wo sind weitere Bedarfe?“, statt im ersten Schritt einen breiten weiteren Aktionsplanprozess zu durchlaufen. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass man über eine weitere Lebenslagenstudie noch mal genauer hinschaut. Die hatten wir für Nordrhein-Westfalen schon länger nicht mehr.

Für den Bereich der historischen Aufarbeitung nehmen wir einen besonderen Schwerpunkt in den Blick, und zwar die Sorgerechtsaberkennungen lesbischer Frauen in familienrechtlichen Prozessen. Ich glaube, das ist ein Bereich der historischen Aufarbeitung, der es wert ist, genauer beleuchtet zu werden. Dementsprechend werden wir dazu eine weitere Studie in Auftrag geben.

**Anja Butschkau (SPD)** begrüßt die im schriftlichen Bericht bekundete Absicht, die Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts zur Stärkung der politischen Partizipation von Frauen in Angriff nehmen zu wollen und erkundigt sich, wann mit ersten Maßnahmen gerechnet werden könne.

Welche Defizite das Ministerium in der geschlechtergerechten Beurteilung in der Landesverwaltung sehe, solle ebenso dargelegt werden.

Darüber hinaus bitte Sie um Angaben, welche Weiterentwicklungsnotwendigkeiten beim Landesgleichstellungsgesetzes gesehen würden und mit welchen Maßnahmen den Defiziten begegnet werden solle.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** schickt voraus, die Frage der politischen Partizipation sei schon lange Thema. In der vergangenen Legislaturperiode hätten SPD und Grüne einen gemeinsamen Antrag dazu eingebracht. Die gesetzliche Verankerung sei mit Blick auf die Verfassungsgerichtsurteile zu den Regelungen in Thüringen und Brandenburg nicht leicht. Deshalb sei eine gute Begründung solcher Maßnahmen besonders wichtig. Die rechtspolitische Diskussion müsse weitergeführt werden und könne noch etwas mehr Drive gebrauchen. Ein Prozess müsse initiiert werden, wie rechtspolitisch und gesellschaftspolitisch darüber diskutiert werde. Gegebenenfalls könnten durch zusätzliche Expertise weitere Andockpunkte gefunden werden. Diskutiert würden verschiedenste Andockpunkte und Ideen, über welche Weg man gehen könne. Stichworte hierzu seien zum Beispiel das Paritätsgesetz und das Parteiengesetz. Wichtig sei, am Ende das Ziel zu erreichen.

Ziel sei nicht, schnell etwas auf den Weg zu bringen, um dann damit zu scheitern. Das diene der Sache nicht. Die Urteile zu den Regelungen in Thüringen und Brandenburg hätten der Debatte einen gewissen Knick versetzt. Dies gelte auch für die Fachdebatte unter denjenigen, die sehr für Parität einstünden.

Beurteilungen würden kontinuierlich beispielsweise in Gesprächen mit dem dbb entwickelt. In der letzten Legislaturperiode seien dazu schon sehr hilfreiche Hinweise vorgelegt worden. Diese Frage betreffe die Landesverwaltung und den öffentlichen Dienst insgesamt und könne daher nicht ein Ressort alleine beantworten. Die zu erstellende Fortschreibung des Gleichstellungsatlas enthalte unter anderem den LGG-Bericht, der einmal in der Legislaturperiode vorgelegt werden müsse. Sie hoffe, er könne dieses Mal noch ein wenig mehr Fortschritt dokumentieren. Zum LGG sei im Koalitionsvertrag das Ziel einer paritätischen Regelung für die Vorstände der öffentlichen Beteiligungen festgehalten. Darüber hinaus müsse ein vom Ministerium gesteuerter Prozess die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure einbeziehen, um zu prüfen, an welchen Stellen das LGG zielgerichtet nachzujustieren sei.

**Anja Butschkau (SPD)** möchte wissen, in welcher Form der Ausschuss unterstützend tätig werden könne.

Der Ausschuss solle gemeinsam mit dem Ministerium zu dem Ziel einer paritätischen parlamentarischen Beteiligung stehen, wünscht sich **Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)**. Es reiche nicht, sich weiterhin die statistische Varianz weiblicher Beteiligung in Parlamenten anzuschauen. Die Verteilung weiblicher und männlicher Abgeordneter habe sich in den letzten Jahren keineswegs kontinuierlich in Richtung Parität entwickelt. Ohne flankierende begleitende Maßnahmen sei es somit keine Selbstverständlichkeit, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung automatisch zu einer paritätischen Beteiligung komme. Daher müsse die Diskussion weitergeführt werden, und zwar so, dass am Ende ein Instrument zur Verfügung stehe, welches Wirksamkeit entfalten

könne. Auch müsse diskutiert werden, wie sich die Vielfalt der Gesellschaft noch besser auch in politischen und parlamentarischer Partizipationsprozessen wiederfinde.

**Frank Müller (SPD)** hebt die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens hervor und rechnet mit einer konkreten Weiterentwicklung eines Aktionsplans auf Grundlage einer Lebenslagenstudie erst im Jahr 2024. Er bitte um Auskunft, ob die Studie bereits beauftragt sei und über welchen Zeitraum sie sich erstrecken solle.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** bietet an, konkreter zu dem Thema nachzubereiten. Ihr gehe es darum, mit der Lebenslagenstudie auf die Datengrundlagen, die Bedarfe usw. zu schauen. Dann müsse es eine gezielte Weiterentwicklung geben, wobei in der Zwischenzeit selbstverständlich kein Stillstand herrsche, sondern es sich um einen kontinuierlichen Prozess handele.

#### 4 Teilzeitausbildung in Nordrhein-Westfalen – Aktueller Sachstand *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/824

**Anja Butschkau (SPD)** meint, der vorliegende Bericht mache deutlich, wie randständig die Ausbildung in Teilzeit immer noch sei. Sie frage sich, warum es offenbar sowohl nur eine mäßige Nachfrage als auch ein geringes Angebot an Teilzeitausbildungen gebe.

Laut Bericht sei es nicht Ziel, die Angebote an Teilzeitausbildungen zu erhöhen, sondern ein Ausbildungsangebot bereitzuhalten. Dies führe zu der Frage, ob das bisherige Angebot ausreiche bzw. ein Ausbau der Teilzeitausbildung für die Landesregierung überhaupt ein sinnvolles Instrument sei, um zum einen dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und zum anderen die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu befördern.

Zu klären sei, ob das Modellprojekt RITA+ wie zunächst geplant Ende März auslaufe und welche Erkenntnisse das Projekt erbracht habe.

**RB'e Maren Behlau (MAGS)** bestätigt, bei Teilzeitausbildungen handele sich um ein randständiges Angebot. Lediglich 0,4 % der Ausbildungen in NRW würden in Teilzeit abgeschlossen. Dies entspreche in etwa dem Bundesdurchschnitt. Mit der Novellierung des BBiG 2020 sei Teilzeitausbildung für alle Menschen geöffnet worden. Das MAGS habe seit 2009 insbesondere Menschen mit Familienaufgaben unterstützt und vorbereitet, um sie in eine Teilzeitausbildung zu bringen. Aber auch den Betrieben stehe das Ministerium unterstützend zur Seite. Darin sehe das MAGS eine große Aufgabe. Die im BBiG geschaffene Grundlage allein reiche für bestimmte Zielgruppen nicht aus. Unterstützung sei insbesondere wichtig, um zum Beispiel bei Erziehenden die strukturell notwendigen Rahmenbedingungen wie Randzeitenbetreuungen oder Schulbesuche zu ermöglichen und an die Ausbildung anzupassen. Betriebe würden in der Ermöglichung konkreter Teilzeitmodellen, zum Beispiel in der Berechnung von Zeiten, unterstützt. In dieser Hinsicht bestehe viel Informationsbedarf.

Mit der Ausweitung des BBiG werde die Teilzeitausbildung als ein Instrument zur Fachkräftesicherung begriffen, weil sie sich an individuelle Lebensbedingungen anpasse und sämtlichen Zielgruppen die Möglichkeit bieten könne, eine Ausbildung zu absolvieren. Dies könne die Attraktivität von Ausbildung erhöhen.

RITA+ sei ein wichtiges Modellprojekt und solle vor allem erproben und untersuchen, inwieweit neben Erziehenden und Menschen mit Familienaufgaben weitere Zielgruppen diesen Unterstützungsbedarf hätten. Dabei könne es zum Beispiel um Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Fluchterfahrungen gehen. In diesem Zusammenhang sei an den Spracherwerb zu denken. Aber auch Menschen mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen erhielten über eine Teilzeitberufsausbildung die Möglichkeit, einen Berufsabschluss zu erlangen.

Ende März ende das Programm RITA+. Damit seien Handlungsempfehlungen verbunden, die parallel zur Erprobung mit den Zielgruppen, wissenschaftlicher Begleitung und Betriebs- sowie Teilnehmendenbefragungen an das MAGS gegeben würden, um daraus Unterstützungsbedarfe abzuleiten.

**Franziska Müller-Rech (FDP)** bittet um Auskunft, ob das 2024 auslaufende Programm TEP fortgesetzt werden solle und wie die aus TEP und RITA+ gewonnenen Erkenntnisse verwertet würden. Auch sollten die Ergebnisse der ressortübergreifenden Zusammenarbeit mit dem Schulministerium zu den Herausforderungen und Entwicklungspotenzialen der TEP-Rahmenbedingungen erläutert werden.

Im öffentlichen Dienst stelle sich die Situation etwas besser dar als im Durchschnitt. Dies führe zu der Frage, ob sich die Ministerien und nachgelagerten Behörden vorgenommen hätten, verstärkt Teilzeitausbildungen anzubieten.

**RB'e Maren Behlau (MAGS)** legt dar, TEP sei in der aktuellen ESF-Förderrichtlinie verankert. Die Frage, ob es nach 2024 fortgeführt werde, könne sie aktuell nicht beantworten. Das Programm existiere aber bereits seit 2009 und werde erfolgreich umgesetzt. Die jährlich knapp 540 Plätze seien immer gut besetzt und erzielten gute Ergebnisse.

Im Aktionsplan Teilzeitberufsausbildung werde ressortübergreifend gearbeitet. Insbesondere gehe es um die strukturellen Rahmenbedingungen des Berufsschulbesuchs. Das Schulministerium werde Bestandteil des Aktionsplans Teilzeitberufsausbildung und die Arbeitsgruppe im März wahrscheinlich ergänzen, um genau diese Frage anzugehen.

Zur Teilzeitausbildung im öffentlichen Dienst könne sie keine Auskunft geben.



## **5 Wohnungslosigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen – Vorstellung der frauenpolitischen Aspekte aus der Integrierten Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2021** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/823

**Anja Butschkau (SPD)** bedankt sich herzlich für den umfangreichen Bericht. Er mache ein Datenproblem deutlich. Wohnungslosigkeit zeige sich bei Frauen ganz anders als bei Männern und sei häufig verdeckt. Sehr wichtig sei, zeitnah genau hinzuschauen, warum gerade die Wohnungslosigkeit von Frauen zunehme. Je größer das Problem werde, desto schwieriger werde ein Gegensteuern. Gleiches gelte für die Versorgungssituation wohnungsloser Frauen, auf die der Bericht leider nicht eingehe. Sie interessiere sich für die Platzsituation in den Notunterkünften.

**Franziska Müller-Rech (FDP)** bedauert, trotz der vielen aufgezeigten Maßnahmen und der Beratungs- und Betreuungsangebote steige die Zahl wohnungsloser Frauen stetig. Geklärt werden solle, ob es Lücken in den Beratungs- und Betreuungsangeboten gebe und worin Ursachen für die Entwicklung gesehen würden.

Ebenso frage sie sich, warum sich die Wohnungsnotfallberichterstattung nicht den Gründen für den gestiegenen Frauenanteil unter den Wohnungslosen widme und ob es Untersuchungen zu Gewalt unter bzw. gegen wohnungslose Frauen und Mädchen gebe oder ob solche Untersuchungen geplant seien.

**MR Jürgen Thomas (MAGS)** erläutert, die Wohnungsnotfallberichterstattung erfasse die Daten, die dem Statistischen Landesamt bzw. IT.NRW von den Kommunen und den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege gemeldet würden. Ursachenforschung werde über die Wohnungsnotfallberichterstattung nicht betrieben.

Die Zuständigkeit für die Versorgungslage wohnungsloser Menschen liege nach dem Ordnungsrecht bei den Kommunen. Die Landesregierung flankiere mit der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ und unterstütze die Kommunen zum Wohle der betroffenen Menschen. Problemanzeigen lägen dem Ministerium nicht vor.

Konkret zur Frage der Notunterbringung habe das MAGS in Zusammenarbeit mit dem Kommunalministerium im letzten Jahr Empfehlungen für eine menschenwürdige Unterbringung obdachloser Menschen herausgegeben. Ein besonderes Kapitel sei dabei der Unterbringung von Frauen und Mädchen gewidmet. Daneben bestehe ein landesweites Netz von Fachberatungsstellen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten nach § 67 SGB XII. Dort gebe es auch spezielle Beratungsstellen, die sich an Frauen richteten. NRW sei da bundesweit führend. Seiner Kenntnis nach gebe es kein anderes Bundesland, welches ein so breites Netz an Fachberatungsstellen in den Wohnungsnotfallhilfen bereithalte. Neben den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege verfüge NRW zusätzlich über kommunale Fachstellen, die sich den besonderen Frage-

stellungen im Kontext „Wohnungslosigkeit“ widmeten und entsprechende Unterstützung anboten.

Mit der Landesinitiative stelle das Land ergänzende Angebote zur Verfügung, wo aufgrund von Studienlagen besondere Problemlagen wie in der Wohnungslosigkeit von Frauen erkannt würden. Wohnungslosigkeit habe bei Frauen vielfach andere Ursachen als bei Männern. Insbesondere das Thema „Gewalterfahrungen“ führe bei Frauen verhältnismäßig oft zur Obdachlosigkeit. Wohnungslosigkeit von Frauen finde oftmals verdeckt statt. Dementsprechend sei es schwierig, an valide Daten zu gelangen.

Im letzten Jahr habe das Ministerium über die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung eine Studie zu der Thematik in Auftrag gegeben, die speziell nach Straßenobdachlosigkeit bzw. nach verdeckter Obdachlosigkeit gefragt habe. Unter den Menschen, die ohne Obdach auf der Straße lebten und für die Hilfesysteme zum Teil schwer zu erreichen seien, liege der Frauenanteil hochgerechnet bei 17,6 %, bei der sogenannten verdeckten Wohnungslosigkeit dagegen bei 30,6 %, also deutlich höher.

Studien zur Gewalt gegen oder unter wohnungslosen Frauen gebe es. Allerdings seien dem Ministerium nicht alle bundesweit erfolgten Untersuchungen bekannt. Das Landesministerium habe eine solche Studie bisher nicht in Auftrag gegeben.

**6 Maßnahmen aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Krisensituation mit frauen-, gleichstellungs- oder queerpolitischem Hintergrund** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/818

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** sagt auf Bitten der Abgeordneten **Anja Butschkau (SPD)** zu, den Ausschuss über die Entwicklung auf dem Laufenden zu halten.

## 7 **Mini-Renten trotz 40 Jahren Vollzeit – Drohende Altersarmut in Nordrhein-Westfalen** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/822

**Anja Butschkau (SPD)** unterstreicht, der Bericht belege den dringenden Handlungsbedarf bei der Bekämpfung der weiblichen Altersarmut. Das Ministerium werde um Auskunft gebeten, wann der angekündigte Lohnatlas in der Privatwirtschaft Realität werde und wie die Erhebung durchgeführt werden solle. Möglicherweise könne es einzeln schwierig sein, Unternehmen für die Erhebung zu motivieren.

Was mit der im Bericht genannten „Verbesserung der Voraussetzungen für Frauen am Arbeitsmarkt“ konkret gemeint sei und welche Rolle dabei die Kompetenzzentren Frau und Beruf spielen könnten, solle erläutert werden.

**Franziska Müller-Rech (FDP)** möchte wissen, welche Maßnahmen vonseiten der Landesregierung es über den Lohnatlas hinaus gebe und was geplant sei, um langfristig einen Mentalitätswechsel in Bezug auf die sogenannten Frauenberufe zu erreichen.

**RA'e Gabi Schmidt (MAGS)** schickt voraus, das MAGS sei für den Armuts- und Reichtumsbericht des Landes zuständig. Der Lohnatlas sei dem Ministerium zugestellt worden. Zu den Fragen bezüglich der Verbesserung der Frauentätigkeit auf dem Arbeitsmarkt und einer anzustrebenden Mentalitätsveränderung könne sie ad hoc nicht Stellung nehmen.

Der Anteil der Frauenerwerbstätigkeit steige. Auch arbeiteten Frauen immer häufiger Vollzeit. Es habe sich also schon einiges geändert. Allerdings sei wissenschaftlich belegbar, dass sich Frauen während der Pandemie durch Homeoffice und Homeschooling wieder verstärkt auf Familienarbeit konzentriert hätten. Zu befürchten sei daher eher ein Rückzug aus dem Erwerbsleben. Das habe wiederum Konsequenzen für die Rentenbiografie.

Ganz wichtig sei, schon in den Schulen mehr Aufklärung zu betreiben, welche Konsequenzen Teilzeittätigkeit über einen längeren Zeitraum für die Rente habe. Gleiches gelte für die Tätigkeit in einem sogenannten Frauenberuf. In dem Bereich müsse noch viel früher angesetzt und stärker präventiv gearbeitet werden.

Bestehende Altersarmut sei nur noch schwer zu bekämpfen und im Prinzip lediglich über das Rentensystem möglich. Allerdings sei dies zu großen Teilen festgeschrieben.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** informiert, soziale Gerechtigkeit funktioniere ohne Gleichstellung nicht. Der Lohnatlas werde 2024 fertiggestellt und solle für mehr Transparenz in der Lohnstruktur und zu den unterschiedlichen Bedingungen sorgen, die dazu führten, dass Frauen im Erwerbsleben weniger verdienten und damit aus dem Gender Pay Gap der sogenannte Gender Pension Gap werde.

Neben bundesgesetzlichen Regelungen zur Entgelttransparenz mit dem Ziel von Lohngleichheit gehe es auch um Aspekte wie Teilzeitausbildung. Unterschiedliche Lebensphasen erforderten ein passgenaues berufliches Angebot, das nicht in eine Sackgasse führen dürfe. Häufig werde von der sogenannten Teilzeitfalle gesprochen, weil es für Frauen oftmals schwierig sei, ihr Stundenkontingent wieder zu erhöhen. Es brauche ein Rückkehrrecht zur Vollzeittätigkeit und insgesamt eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Beispielsweise die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf werde zunehmend wichtiger. Aber auch für die Work-Life-Balance seien in den unterschiedlichen Lebensphasen verschiedene Arbeitszeitmodelle von Bedeutung. Darunter falle keinesfalls nur die Möglichkeit, Hobbys betreiben zu können, sondern auch die Chance, beispielsweise politischem oder zivilgesellschaftlichem Engagement nachgehen zu können. Darauf sei das bisherige recht starre System nicht vorbereitet. Das müsse insbesondere aus gleichstellungspolitischer Perspektive angegangen werden, weil überwiegend Frauen in Teilzeit arbeiteten, die damit nicht nur finanzielle Einbußen, sondern häufig auch Karriereeinbußen hinnehmen müssten. Kinderbetreuung stelle einen weiteren wichtigen Baustein dar, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Das gelte nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Viele Männer wünschten sich vermutlich die Chance zu einer anderen Family-Work-Balance.

Darüber hinaus gehe es um einen Mentalitätswandel und die Frage, ob es sich Männer „leisten“ könnten, weniger zu arbeiten und mehr Sorgearbeit zu übernehmen. Hierzu bedürfe es möglicherweise anderer Regelungen. In Norwegen werde der Bezug von Elterngeld beispielsweise an die paritätische Sorgearbeit geknüpft. Das führe für Väter nicht nur zu besseren Chancen, aktiv an der Erziehung mitzuwirken, sondern auch zu einem gesellschaftlichen Wandel, sodass Vereinbarkeit Bestandteil von Unternehmenskultur werde, statt ein Karrierehemmnis darzustellen.

**8 Schutz vereint: Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/816

**Franziska Müller-Rech (FDP)** erkundigt sich, wie die Verunsicherung in den Kommunen aufgelöst werden solle, ob bereits Ergebnisse aus dem Dialogprozess mit der Frauenunterstützungsstruktur gebe und ob die Kommunen in diesen Dialogprozess einbezogen würden. Ebenso wolle sie wissen, wie weit die Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle zur Begleitung der Umsetzung der Istanbul-Konvention in NRW und die Identifikation weiterer Bedarfe vorangeschritten sei, welche Aufgabe die Koordinierungsstelle wahrnehmen solle und wie die konkreten Bedarfe durch die Koordinierungsstelle in der Praxis ermittelt würden.

**Frank Müller (SPD)** fragt nach, ob absehbar sei, wann und wo die Landeskoordinierungsstelle für die Umsetzung der Istanbul-Konvention eingerichtet und mit wie vielen Stellen sie ausgestattet werde. Zudem bitte er um Auskunft, ob es sich bei den geplanten Anlaufstellen in Unna, Soest und im Ennepe-Ruhr-Kreis um Umsetzungen des damaligen Konzepts der Powerhäuser handele.

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** stellt klar, der Konsultationsprozess mit der Frauenhilfeinfrastruktur diene der Erarbeitung der neuen Förderrichtlinie. Diese müsse bis Sommer abgeschlossen sein, weil die Förderrichtlinie zum nächsten Jahr in Kraft treten müsse.

Inzwischen seien neue Frauenhäuser in die Landesförderung aufgenommen worden. Mit der Fachkraftstelle für die besondere Unterstützung der Bedarfe von Kindern in Frauenhäusern sei einer Forderung nachgekommen worden, über die schon länger debattiert worden sei. Auch auf diese Weise werde die Frauenhilfeinfrastruktur weiterentwickelt.

Die Koordinierungsstelle werde derzeit aufgebaut. Über die weiteren Fragen der SPD-Fraktion könne der Ausschuss zeitnah informiert werden. Dies betreffe Angaben zu den Stellenausstattungen etc.

Die Anlaufstellen in Unna, Soest und im Ennepe-Ruhr-Kreis griffen ein übergreifend arbeitendes Konzept auf und stellten eine Weiterentwicklung innerhalb des Frauenhilfesystems dar. Das habe es schon vor den Überlegungen zu Powerhäusern gegeben. Sie verweise auf das Hexenhaus in Espelkamp. Es verfolge eine etwas andere und systemischere Konzeptionierung. Selbstverständlich fördere die Landesregierung weiterhin die klassische Frauenhilfeinfrastruktur. Gleichzeitig sei sie für derartige Weiterentwicklungen offen. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der Frauenhilfeinfrastruktur seien zu begrüßen.

Die von der FDP-Fraktion angesprochene Verunsicherung vor Ort habe sie noch nicht wahrgenommen. Sie habe weder entsprechende Informationen erhalten noch den Eindruck, dass großflächig nachgefragt werde, ob der Prozess so weitergeführt werde. Entscheidend sei, weiterhin an einem flächendeckenden Schutzsystem für von Gewalt Betroffene zu arbeiten.

## 9 Verschiedenes

**Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI)** lädt die Ausschussmitglieder zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Sehen und gesehen werden. Intersektional: gemeinsam für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben“ am 7. März 2023 in Düsseldorf ein.

**Vorsitzende Britta Oellers** bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Einladung.

gez. Britta Oellers  
Vorsitzende

## 6 Anlagen

28.02.2023/02.03.2023







SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.1 / A 03  
Ausschussvorsitzende Britta Oellers MdL

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

ANJA BUTSCHKAU MDL  
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2638  
F 0211.884-3125  
EMail anja.butschkau@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

26.01.2023

Arbeitsplanung der Landesregierung für das Jahr 2023 für den Arbeitsbereich  
Gleichstellung, Frauen und Queerpolitik

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des  
Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die SPD-Fraktion bittet die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur  
Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023 zum Thema  
„Arbeitsplanung der Landesregierung für das Jahr 2023 für den Arbeitsbereich  
Gleichstellung, Frauen und Queerpolitik“.

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Welche Gesetzesinitiativen der Landesregierung mit frauen-, queer- und gleichstellungspolitischem Hintergrund werden im Jahr 2023 dem Landtag vorgelegt? Wie sieht hierzu die genaue Zeitplanung aus?
2. Welche Bundesratsinitiativen mit frauen-, queer- und gleichstellungspolitischem Hintergrund plant die Landesregierung und wann werden diese in den Bundesrat eingebracht?
3. Welche Verordnungen mit frauen-, queer- und gleichstellungspolitischem Hintergrund plant die Landesregierung und wann werden diese von der Landesregierung verabschiedet? Wie wird dabei der Landtag beteiligt?

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



4. Welche Änderungen und neuen Initiativen plant die Landesregierung im Bereich der Förderprogramme mit frauen-, queer- und gleichstellungspolitischem Hintergrund?

Mit freundlichen Grüßen

Anja Butschkau MdL

Frauenpolitische Sprecherin



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.1 / A 03  
Ausschussvorsitzende Britta Oellers MdL

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

ANJA BUTSCHKAU MDL  
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2638  
F 0211.884-3125  
EMail anja.butschkau@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

26.01.2023

### Teilzeitausbildung in Nordrhein-Westfalen – Aktueller Sachstand

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die SPD-Fraktion bittet die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023 zum Thema „Teilzeitausbildung in Nordrhein-Westfalen – Aktueller Sachstand“.

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Wie haben sich die Teilnehmer\*innenzahlen seit 2017 entwickelt (bitte nach Ausbildungsgang aufgeschlüsselt)? Wie viele davon sind Frauen (bitte aufschlüsseln, ob mit/ohne Kind und ob alleinerziehend)?
2. Wie viele weitere Teilzeitausbildungsplätze will die Landesregierung schaffen?
3. Welche spezifischen Zielgruppen werden durch die Teilzeitausbildung erfolgreich erreicht?
4. Welche Zielgruppen wurden bislang unzufriedenstellend erreicht? Was wird die Landesregierung tun, um diese Zielgruppen zu erreichen?
5. Welche Maßnahmen wurden bisher mit dem „Aktionsplan Teilzeitberufsausbildung“ umgesetzt? Welche Maßnahmen sind noch offen?
6. Gibt es bereits erste Erkenntnisse, die durch das Modellprojekt RITA+ gewonnen wurden? Wann wird der Abschlussbericht veröffentlicht?

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



7. In welchen IHK-/HWK-Bezirken mangelt es an teilnehmenden Betrieben?  
Warum?
8. Wie finanzieren die Teilnehmer\*innen, angesichts einer niedrigeren  
Ausbildungsvergütung ihren Lebensunterhalt?
9. Welche Möglichkeiten gibt es, während einer laufenden Ausbildung in eine  
Teilzeit- bzw. in eine Vollzeitausbildung zu wechseln? Wie gestaltet sich das  
in der Praxis konkret?

Mit freundlichen Grüßen

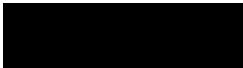
Anja Butschkau MdL

Frauenpolitische Sprecherin



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.1 / A 03  
Ausschussvorsitzende  
Frau Britta Oellers MdL



Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

26.01.2023

**Wohnungslosigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen – Vorstellung der frauenpolitischen Aspekte aus der Integrierten Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2021**

**Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die erste Ausschusssitzung im neuen Jahr am 09.02.2023 bitten wir um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu den frauenpolitischen Aspekten der Integrierten Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2021.

Wir bitten insbesondere einzugehen auf:

1. die Gründe für den steigenden Anteil der Frauen an den Wohnungslosen in NRW,
2. die Gründe für den hohen Anteil der unter 18-Jährigen unter den wohnungslosen Frauen,
3. die Versorgungslage bei spezifischen Angeboten für wohnungslose Frauen,
4. den Einfluss der Corona-Pandemie auf die Wohnungslosigkeit von Frauen,
5. die erwarteten Auswirkungen der Energie- und Inflationskrise auf die Wohnungslosigkeit von Frauen,
6. den Einfluss der Wohnungsmarkt- und Wohnungsbaukrise auf die Wohnungslosigkeit von Frauen,



ANJA BUTSCHKAU MDL  
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2638  
F 0211.884-3125  
EMail anja.butschkau@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



7. die zusätzlichen geplanten Maßnahmen der Landesregierung, um der steigenden Wohnungslosigkeit entgegenzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Anja Butschkau

Frauenpolitische Sprecherin



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.1 / A 03  
Ausschussvorsitzende Frau Britta Oellers MdL

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

ANJA BUTSCHKAU MDL  
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2638  
F 0211.884-3125  
EMail anja.butschkau@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

26.01.2023

Maßnahmen aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Krisensituation mit frauen-, gleichstellungs- oder queerpolitischem Hintergrund

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

nach der Verabschiedung des Sondervermögens zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der dabei vorgesehenen Hilfen sind immer noch zahlreiche Details zur Auszahlung offen. Wir bitten mit Blick auf die für die erste Auszahlungstranche des Sondervermögens vorgesehenen Hilfen mit frauen-, gleichstellungs- oder queerpolitischen Hintergrund um die Beantwortung folgender Fragen durch die Landesregierung:

1. Welche Hilfsmaßnahmen mit frauen-, gleichstellungs- oder queerpolitischen Hintergrund sind in welcher Höhe vorgesehen?
2. Nach welchem Verfahren sollen die Mittel der jeweiligen Hilfsmaßnahmen bereitgestellt bzw. ausgezahlt werden?
  - Wird es ein Antragsverfahren geben?
  - Auf welcher Grundlage erfolgt die Auszahlung ohne Antragsverfahren ?
  - Werden oder wurden hierzu bereits Richtlinien erlassen? Und wenn ja, wann werden oder wurden diese Richtlinien erlassen?
3. Welche Mittel sind bisher haushälterisch abgeflossen?

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



4. Was bedeutet es konkret, wenn die energiepreisbedingten Hilfen für die Frauenhilfeinfrastruktur davon abhängen, dass die vom Bund aufgelegten Programme zur Preisdeckelung nicht greifen?<sup>1</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Anja Butschkau

Frauenpolitische Sprecherin

---

<sup>1</sup> Vgl. Vorlage 18/617.





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.1 / A 03  
Ausschussvorsitzende Britta Oellers MdL

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

ANJA BUTSCHKAU MDL  
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2638  
F 0211.884-3125  
EMail anja.butschkau@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

26.01.2023

**Mini-Renten trotz 40 Jahren Vollzeit – Drohende Altersarmut in Nordrhein-Westfalen**

**Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales drohen einer hohen Zahl von Frauen trotz jahrzehntelanger Vollzeitbeschäftigung Armut im Alter. Trotz 40 oder mehr Jahren Vollzeiterwerbstätigkeit werden sie nur eine Rente von unter 1.000 Euro erhalten. Demnach seien rund 2,7 Millionen Frauen betroffen, was einem Anteil von 38 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten entspräche, wie Spiegel Online am 15.01.2023 berichtet<sup>1</sup>.

Die SPD-Fraktion bittet die Landesregierung daher um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023 zum Thema „Mini-Renten trotz 40 Jahren Vollzeit – Drohende Altersarmut in Nordrhein-Westfalen“.

Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

---

<sup>1</sup> vgl. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/renten-jeder-dritten-frau-in-vollzeitbeschaeftigung-drohen-altersbezeuge-unter-1000-euro-a-d822b334-fe71-48fa-b80d-3817895ca726>, abgerufen am 23.01.2023

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



1. Wie viele Frauen sind in Nordrhein-Westfalen aktuell von Altersarmut betroffen?
2. Welche Prognosen besitzt die Landesregierung für die Entwicklung in der Zukunft?
3. In welchen Branchen/Berufsfeldern arbeiten Frauen, die trotz Vollzeitbeschäftigung von Altersarmut betroffen sein wird?
4. Welche Folgen hat Altersarmut?
5. Welche Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung der Altersarmut gibt es aktuell?
6. Wie wird die Landesregierung auf die weitere Entwicklung reagieren?

Mit freundlichen Grüßen

Anja Butschkau MdL

Frauenpolitische Sprecherin

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.A.2 / A3  
Ausschussvorsitzende Britta Oellers MdL  
[REDACTED]  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

**Dr. Werner Pfeil MdL**Vorsitzender des  
Rechtsausschusses  
Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
Hochwasserkatastrophe“  
Sprecher für Kultur

Düsseldorf, 30. Januar 2023

**Berichtswunsch der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 09.02.2023  
zum Thema „Schutz vereint: Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 09.02.2023 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

**Schutz vereint: Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt**

Die Mittel zum Schutz und Hilfe für von gewaltbetroffene Frauen, die 2021 und 2022 auf den Weg gebracht wurden, sind im aktuellen Landeshaushalt 2023 um 1,85 Millionen Euro gekürzt wurden. Gleichzeitig werden fünf weitere Frauenhäuser in die Landesförderung aufgenommen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, steht aktuell allerdings auch in einem Widerspruch, der zu Lasten der Qualität hinauslaufen kann. Im Fokus muss aber die Qualität einer bedarfsgerechten Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen in den Frauenhäusern stehen.

Diese widersprüchlichen Signale haben zur Verunsicherung in den Kommunen NRW geführt und damit auch die Planungssicherheit vor Ort beeinträchtigt. Gleichzeitig ist auch keine Transparenz von Seiten der Landesregierung zu erkennen, s. [Drs. 18/2686](#), so dass sich immer neue Fragen in Bezug auf Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen ergeben. Unter diesen Umständen lassen sich auch keine neuen Konzepte entwickeln, die Versorgungslücken schließen und bürokratische Hürden mindern können.

In der letzten Legislatur sollte gemeinsam mit den betreffenden Unterstützungsinfrastrukturen und den Kommunen ein „Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt“ erarbeitet werden mit dem Ziel, über ein zu definierendes Leitbild die Bereiche Schutz vor Gewalt, Beratung und Prävention in NRW zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Da in NRW eine diverse Trägerlandschaft für Frauenhäuser, allgemeine Frauenberatungsstellen und Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt existiert, sollten mehrere Unterstützungsangebote gebündelt werden. Ein Baustein dieses Paktes sollten deshalb die sog. „Powerhäuser“ (Arbeitstitel) sein, die zwei bis drei Angebotsstrukturen in einer Trägerhand oder in unterschiedlicher Trägerschaft räumlich und organisatorisch zusammenführen sollten. In Anbetracht der aktuellen Verunsicherungen vor Ort stellt sich die Frage, was mit diesem Konzept zwischenzeitlich geschehen ist.

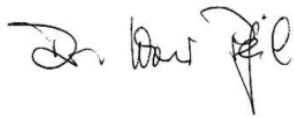
Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

FDP-Landtagsfraktion NRW  
Platz des Landtags 1  
40221 DüsseldorfTelefon: 0211 884 4410  
Telefax: 0211 884 3644[werner.pfeil@landtag.nrw.de](mailto:werner.pfeil@landtag.nrw.de)  
[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)[facebook.com/WernerPfeil](https://facebook.com/WernerPfeil)  
[instagram.com/wernerpfeil\\_nrw](https://instagram.com/wernerpfeil_nrw)

- Wie sieht der aktuelle Sachstand zu dem "Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt" aus?
- Inwieweit wird das Konzept der sog. „Powerhäuser“ in dieser Legislatur umgesetzt?
- Inwieweit werden die Ergebnisse der „Bedarfsanalyse des ambulanten und stationären Hilfeangebotes für gewaltbetroffene Frauen in NRW“ in dieser Legislatur verwendet?
- Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um die Verunsicherung in den Kommunen in Bezug auf die weitere Finanzierung bzgl. Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen aufzulösen, und eine bedarfsgerechte und langfristige Planungssicherheit herzustellen?
- Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um neue Konzepte in Bezug auf bekannte Versorgungslücke in der Frauenhilfeinfrastruktur einzuleiten und umzusetzen?

Seite 2 von 2

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil MdL